

wieder vorgebracht – mit einer notwendigen Rücksichtnahme auf „leistungsgeminderte Jugendliche“ begründet wird.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die katastrophale Situation an vielen Berufsschulen. Die Einrichtung ist veraltet, das Lehrpersonal ist überaltert und vielen Herausforderungen gerade in innovativen Bereichen wie z.B. bei den seit 1997 existierenden IT-Berufen nicht gewachsen. Die IG Metall-Jugend verknüpft ihre Kampagne gegen die vielen unfreiwilligen „Museen der Arbeit“ nicht mit einer Standort-Logik, wie sie seit dem „PISA-Schock“ die bundesdeutsche Bildungsdebatte vielfach dominiert (dennoch werden von ökonomischen Gedanken geleitete Forderungen wie die des baden-württembergischen Handwerks-Verbandes nach der Einführung eines zusätzlichen Hauptschuljahres bei Richtigkeit gerne aufgenommen).

Die IG Metall-Jugend hat vor allem in ihren Kampagnen 2000 und 2002 die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums mit Forderungen nach notwendigen Veränderungen im Bildungsbereich verknüpft. In der kurzen Aufschwungphase 2000 stand die IG Metall-Jugend fast völlig alleine mit ihrem Protest gegen die schon damals als verheerend eingeschätzte Abschaffung der Körperschafts- bzw. Kapitalertragssteuer. Die katastrophalen Folgen für die öffentlichen Haushalte dieser selbst von konservativer Seite als überflüssig bezeichneten Steuergeschenke an Großunternehmen haben sich in vielen Kommunen als katastrophal erwiesen und führen durch vielfache Streichkonzerte im kulturellen und sozialen Bereich zu einer spürbaren Einschränkung der Lebensqualität.

**Ausblick – „Wir können auch anders!“**

Im Grundsatz will die IG Metall-Jugend den in den letzten Jahren entwickelten Angebots-Mix beibehalten. Immerhin hat diese aktivierende Jugendarbeit zwischen 2000 und 2002 zu durchschnittlich 43.000 Neuaufnahmen von Jugendlichen jährlich geführt, Mitte der 90er Jahre lag die Zahl noch bei etwa 35.000. Neu hinzukommen soll ein Ausbau der Migrationspolitik, die die seit längerem vorangetriebenen antirassistischen Initiativen ergänzen soll. Dabei sucht die IG Metall-Jugend den Kontakt zu selbstorganisierten Gruppen junger Migrant/innen.

Die aktuelle Regierungspolitik und eine erneut drohende Ausbildungskrise in 2003 (gegenüber 2002 lag die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze im Westen der Republik um 15 Prozent (!) niedriger als noch im Vorjahr) haben den Ton in der IG Metall-Jugend schärfer werden lassen. In Anspielung an den grandiosen Film von Detlev Buck hat die im April 2003 stattfindende Bundesjugendkonferenz der IG Metall das Motto „Wir können auch anders! – Zukunft gestalten, Gesellschaft verändern“. Das soll auch in Zeiten einer ablehnenden Haltung von Jugendlichen gegenüber dem, was sie „Politik“ nennen, weiterhin Programm der IG Metall-Jugend sein. Denn wie an vielen Beispielen nachgewiesen werden konnte, sind bei entsprechenden Voraussetzungen Jugendliche zur aktiven Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durchaus bereit. Vielleicht kommt auch wieder der Tag, an dem nicht nur einige, sondern viele sie zum Tanzen bringen wollen.

*Peter Förster*

## **Junge Ostdeutsche heute**

### **Zustimmung zur politischen Wende, jedoch Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems**

#### **1. Informationen zur „Sächsischen Längsschnittstudie“**

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der Sächsischen Längsschnittstudie. Bei ihr handelt es sich um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, noch zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1972/73 zwischen ihrem 14. und (im Jahr 2002) 29. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz und Enttäuschung gegenüber der Politik der SED.

In ihrer zweiten Phase (13 Befragungswellen seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Sie ist damit die einzige (ost)deutsche Längsschnittstudie, die dank ihrer Anlage in einer hinreichend großen, identischen Population den Auswirkungen des Systemwechsels auf das Denken und Fühlen junger Leute im Osten nachgehen kann.

Die zentrale Forschungsfrage ist, ob mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen. Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR mehr oder weniger nachhaltig geprägt worden. Zugleich waren und sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Im Rahmen dieses Beitrags können wir nur auf einige ausgewählte Ergebnisse eingehen, den an differenzierteren Informationen interessierten Leser verweisen wir auf die 2002 erschienene ausführliche Publikation über die Studie, in dem die wichtigsten Trends zum Mentalitätswandel zwischen

1987 und 2000 bzw. 2001 anhand zahlreicher Tabellen und Abbildungen dargestellt werden.<sup>1</sup>

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1281 SchülerInnen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war DDR-repräsentativ.

Im Frühjahr 1989 erklärten sich 587 TeilnehmerInnen schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf 485 Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 13 (postalischen) Befragungen nach der Wende mit einer seit 1993 deutlich steigenden Quote.

Die 16. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2002 statt. 420 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind 72% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten bzw. 87% jener, deren aktuelle Adressen bekannt sind.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 29,0 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 47%, entsprechend weiblich 53%. Von den TeilnehmerInnen leben 92 in den alten Bundesländern (22%) bzw. 6 im Ausland (1%).

Die dargestellten Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, ähnliche Relationen sind vermutlich in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht. Die 16. Welle der Studie wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

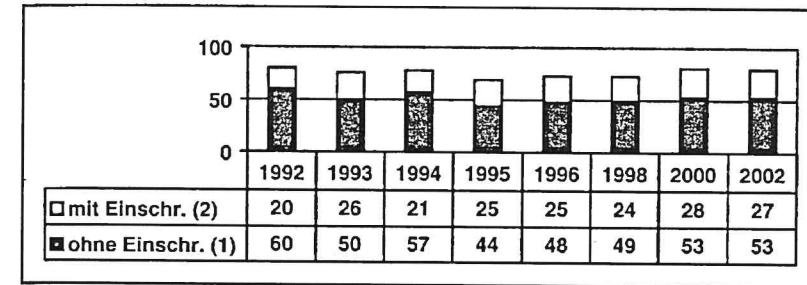
## 2. Keine Rückkehr zu den politischen Verhältnissen vor der Wende

Wie die umfangreichen qualitativen Ergebnisse (verbale Stellungnahmen) der ersten Befragung kurz nach der Wende im Frühjahr 1990 zeigten, wurde diese politische Zäsur von fast allen TeilnehmerInnen positiv bewertet. In den folgenden Jahren ist die überwiegende Mehrheit von ihnen bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Wende geblieben, die meisten davon sogar ohne Einschränkung:

<sup>1</sup> Vgl. Peter Förster: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002. Diese Publikation enthält auch ein gesondertes, umfangreiches Kapitel zu den Ursachen der bei den Panelmitgliedern beobachteten Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem, auf die hier nur sehr knapp eingegangen werden kann.

Abbildung 1

Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2002



Frage: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Diese Daten belegen, dass nur eine Minderheit die früheren politischen Verhältnisse zurück wünscht. 2002 widersprachen lediglich 7% der Aussage, weitere 13% äußerten sich ambivalent. Relativiert wird die grundsätzliche Bejahung der Wende allerdings durch die im 2002 erhobenen Angaben zu der Frage, inwieweit die Ziele der politischen Wende vom Herbst 1989 heute verwirklicht sind:

Tabelle 1:

Die Ziele der ‚friedlichen Revolution‘ im Herbst ‚89 sind heute verwirklicht.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2 im großen und ganzen, 3 teils-teils, 4 kaum, 5 überhaupt nicht

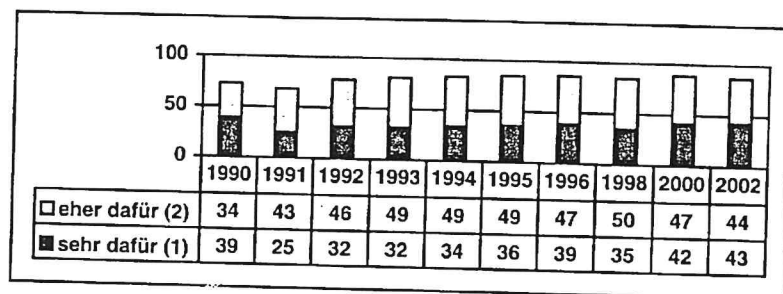
	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	2	26	(28)	58	13	1
Männlich	3	32	(35)	49	15	1
Weiblich	2	20	(22)	65	11	2

Nur ein reichliches Viertel der Panelmitglieder (28%) bejaht, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, von den jungen Frauen erheblich weniger als von den jungen Männern. Die Mehrheit äußert sich ambivalent.

Vom Frühjahr 1990 an wurde auch die Einstellung der Panelmitglieder zur deutschen Einheit erfasst, also noch vor deren Vollzug. So entstand eine der interessantesten Zeitreihen unserer Untersuchung:

Abbildung 2

Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 - 2002. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zustimmung (2)



„Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“ 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr dagegen.

Nach dem vollzogenen Beitritt der DDR zur BRD (hier ab 1991) wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?“

Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und Sommer 2002, d.h. mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt deutlich erhöht hat, wenn auch überwiegend mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.

### 3. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik

Zahlreiche Ergebnisse unserer Studie lassen den eindeutigen Schluss zu, dass die verbreitete Bejahung der Wende und der deutschen Einheit nicht gleichbedeutend ist mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach der politischen Wende mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

### Unzufriedenheit mit vielen Seiten des Gesellschaftssystems

Diese kritische Sicht äußert sich sehr deutlich in der überwiegend geringen Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Gesellschaftssystems, die im Rahmen unserer Studie seit mehreren Jahren untersucht werden. Die folgende Tabelle informiert über die im Jahr 2002 gewonnenen Ergebnisse:

Tabelle 2:

Zufriedenheit mit der Gesellschaft im Jahr 2002

„Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“ 1 sehr zufrieden; 2 zufrieden; 3 weniger zufrieden; 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	
mit der Außenpolitik	4	46	(50)	35	15	2,6
mit der Demokratie	3	43	(46)	43	11	2,6
mit der Wirtschaftsordnung	1	32	(33)	51	16	2,8
mit der Militärpolitik	1	28	(29)	45	26	3,0
mit dem politischen System in der BRD	0	27	(27)	57	16	2,9
mit der Familienpolitik	0	22	(22)	44	34	3,1
mit der Gesundheitspolitik	0	20	(20)	44	36	3,2
mit der Sozialpolitik	0	17	(17)	50	33	3,2
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	0	8	(8)	32	60!!	3,6

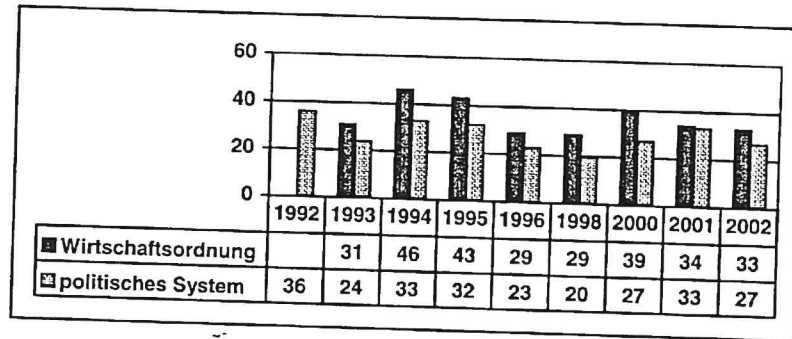
Eindeutig überwiegt geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Verhältnismäßig günstig fällt noch die Beurteilung der Außenpolitik aus, mit der die reichliche Hälfte der Teilnehmer sehr zufrieden (4%) oder zufrieden (46%) ist. Knapp die Hälfte (46%) ist mit der Demokratie mehr oder weniger stark zufrieden.

Mit den anderen Aspekten ist gerade oder weniger als ein Drittel zufrieden. Das betrifft die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (33%), mit der Militärpolitik (29%) und - besonders gravierend - mit dem politischen System (27%). Noch geringer ist allerdings die Zufriedenheit mit der Familienpolitik (22%), der Gesundheitspolitik (20%) und der Sozialpolitik (17%). Bei der Lohnpolitik im Osten ist mit 60% der Anteil derer am höchsten, die völlig unzufrieden sind. Das verweist auf die Brisanz der Lohnsituation und die hohe Aktualität der Diskussion um eine Lohnangleichung an den Westteil.

Zu zahlreichen Aspekten liegen mittlerweile langjährige Trends vor, u.a. zur Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik und mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, zwei sehr aussagekräftige Kriterien. Wir stellen diese beiden Trends bewusst im Zusammenhang dar:

Abbildung 3

Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1992 bzw. 1993 - 2002. Zusammengefasste Anteile der sehr zufriedenen (1) bzw. zufriedenen (2) TeilnehmerInnen



Fragetext: Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik / mit der jetzigen Wirtschaftsordnung? 1 sehr zufrieden, 2 zufrieden, 3 weniger zufrieden, 4 unzufrieden

Der Anteil der jungen Frauen und Männer, die mit der jetzigen Wirtschaftsordnung mehr oder weniger zufrieden sind, liegt im gesamten Zeitraum meist weit unter der Hälfte; noch erheblich kleiner ist der Anteil derer, die mit dem politischen System zufrieden sind. Eindeutig überwiegt Unzufriedenheit gegenüber beiden Kernbereichen des Gesellschaftssystems. Die Abbildung enthält jedoch noch eine weitere wichtige Information: Sehr auffällig ist der zeitlich parallel verlaufende Einbruch zwischen 1994 und 1998 (die Erhebung 1998 fand vor dem Regierungswechsel statt): In den letzten Jahren der Kohl-Ära kam es bei den Panelmitgliedern zu einem massiven Rückgang der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und - als Folge davon (eine statistisch gesicherte Aussage) - zeitgleich zu einem gravierenden Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System sowie - hier nicht dargestellt - zu einem ebenso deutlichen Rückgang des Vertrauens zu den damals regierenden Koalitionsparteien CDU/CSU (s.u.). Nach dem Regierungswechsel (hier ab 2000) deutete sich bei beiden Aspekten zwar zunächst eine Trendwende an, die jedoch im Frühjahr 2002 bereits wieder abgebrochen ist, insbesondere im Hinblick auf die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit der Wirtschaftsordnung. Entsprechend dem bekannten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des Systems einerseits und Systemakzeptanz der Bürger andererseits sinkt damit erneut die Wahrscheinlichkeit für eine Zunahme der Systemzufriedenheit bei unseren Panelmitgliedern. Zwischen 1994 und 1998 ging sogar die Zustimmung zur Wende signifikant zurück (s. Abb. 1).

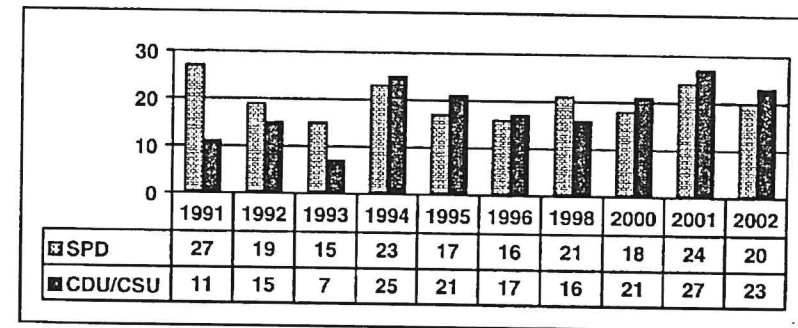
### Anhaltende Distanz gegenüber den politischen Parteien

Die kritische Grundhaltung der meisten Panelmitglieder äußert sich besonders anschaulich in ihrer anhaltenden Distanz gegenüber den politischen Parteien. Grundlage unserer langjährigen Analysen ist nicht die so genannte „Sonntagsfrage“, sondern das Maß an Vertrauen, das den Parteien entgegen gebracht wird.

Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP und Republikaner (auf Letztere gehen wir hier nicht weiter ein). Die Trends zeigen: Die Vertrauensquoten erreichen bei keiner der demokratischen Parteien ein Drittel der TeilnehmerInnen, sie liegen meist weit darunter. Wir belegen das zunächst für die Unionsparteien CDU/CSU und für die SPD:

Abbildung 4

Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2002 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“ 1 sehr großes, 2 großes, 3 geringes, 4 überhaupt keins

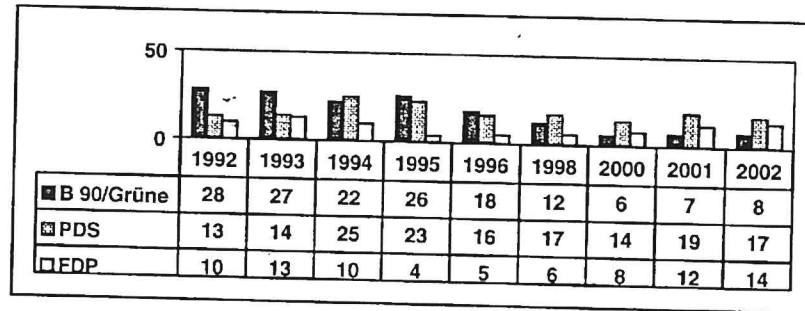
Bemerkenswert ist vor allem der deutliche Rückgang des Vertrauens der Panelmitglieder zu CDU/CSU zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 25% der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 kontinuierlich und signifikant auf 16% ab. Dieser erhebliche Vertrauensverlust (dazu auf einem niedrigen Niveau) ging wie erwähnt (vgl. Abb. 3) zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und mit dem politischen System in diesem Zeitraum

einher. Diese (statistisch hoch gesicherten) Zusammenhänge<sup>2</sup> legen die Annahme nahe, dass die wachsende Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bei diesen jungen Leuten nicht nur zu einer Vertrauenskrise gegenüber CDU/CSU, sondern gegenüber dem politischen System insgesamt geführt hat.

Auch den anderen Parteien ist es in den 90er Jahren nicht gelungen, das Vertrauen größerer Teile der Panelmitglieder zu gewinnen:

Abbildung 5

Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber PDS, FDP und Bündnis 90/Grüne im Trend 1992 bis 2002 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)



Fragetext wie bei Abbildung 4

Auffällig sind insbesondere der steile Abfall der Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne seit Mitte der 90er Jahre sowie der Anstieg des Vertrauens zur PDS bis Mitte der 90er Jahre und der sich anschließende Rückgang, der ab 2001 jedoch gestoppt schien. Bemerkenswert ist auch die leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Vertrauensquoten gegenüber der FDP ab 1996.

Statistische Zusammenhangsanalysen belegen eindeutig: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System (ähnlich: mit der Demokratie) geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis der Parteien zurück. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: seit 1994 hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der Parteien sehr großes oder großes Vertrauen haben, kontinuierlich von rund einem Drittel auf rund die Hälfte erhöht!

<sup>2</sup> Wir vermuten, dass diese Zusammenhänge in dieser Studie für Ostdeutschland erstmals im Längsschnitt nachgewiesen wurden; in der in Fußnote 1 genannten Publikation werden diese Daten ausführlicher dargestellt (S. 95 f.).

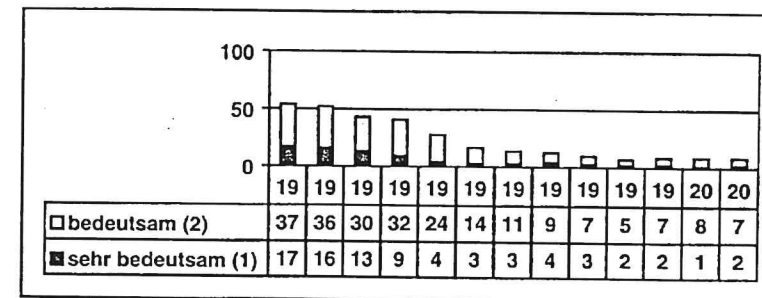
Aus weiteren Ergebnissen geht außerdem hervor, dass nur bei einem kleinen Teil der Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien entstanden sind: Auf die Frage, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2002 nur 31% wieder die Partei, für die sie sich 2000 entschieden hatten! Gehen wir bis in das Jahr 1993 zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf 17%. Offensichtlich zweifeln sehr viele dieser jungen Leute generell daran, dass die Parteien ihre Interessen vertreten.

### Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Sehr deutlich geht die Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem aus dem gravierenden Rückgang der Bereitschaft der Panelmitglieder zur politischen Partizipation hervor. Dazu liegen Daten seit 1987 vor:

Abbildung 6

Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2002. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2)



Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „aktiv am politischen Leben teilnehmen“? - Das ist für mein Leben: 1 sehr bedeutsam, 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam.

Anzahl der bei der 16. Welle 2002 durch Rückrechnung in die Längsschnitte einbezogenen identischen Personen: 1987: 397; 1988: 384; 1989: 411; 1990: 180; 1991: 183; 1992: 149; 1993: 212; 1994: 229; 1995: 292; 1996: 328; 1998: 341; 2000: 370. N 2002 = 420. Diese Angaben gelten auch für die anderen Übersichten.

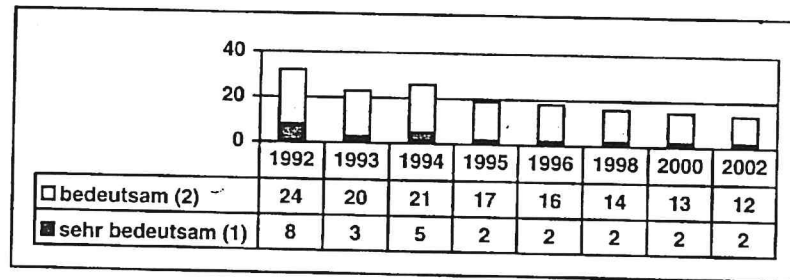
Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen; Widerspiegelung der sich seit Mitte der 80er Jahre verstärkenden Enttäuschung von der Politik der SED. Erkennbar ist aber auch, dass dieser Abwärtstrend nach der Wende weiter gegangen ist, sich sogar absturztartig verstärkt hat. Diese Tatsache kann nur als Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und der Verweige-

zung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System betrachtet werden.

Diese Enttäuschung äußert sich auch in dem klaren Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 7

Lebensziel „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 – 2002. Anteile sehr starker (1) und starker (2) Orientierung



Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „in die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“? Das ist für mein Leben: 1 sehr bedeutsam, 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam.

Ein sehr interessantes und zugleich brisantes Ergebnis: Der Anteil der Panelmitglieder, die zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, hat nicht etwa zugenommen, sondern ist eindeutig rückläufig. Wollten 1992 immerhin noch 32% in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2002 auf 14% zurück. Andererseits nahm der Anteil jener, die nicht zur Elite aufsteigen wollen, von 28% 1992 auf 54% 2002 zu! Hintergrund ist sehr wahrscheinlich u.a. die Erfahrung, als Ostdeutscher nur geringe oder keine Chancen zu haben, in die nach wie vor ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt aber zugleich auch eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft. Die Wahrscheinlichkeit für eine Umkehrung dieses Trends in absehbarer Zeit ist sehr gering.

## Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Gesellschaftssystems

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 3:

Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem 2002

Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“	0	5	(5)	28	34	33
„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“	1	6	(7)	31	32	30
„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“						
Gesamt	1	11	(12)	38	25	25
männlich	1	14	(15)	42	21	22
weiblich	2	8	(10)	34	28	28

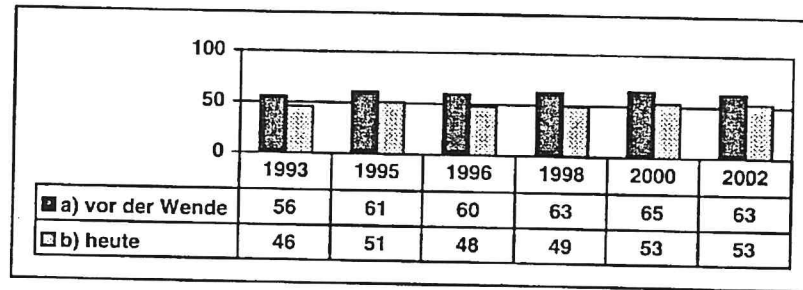
Nur eine Minderheit der Panelmitglieder glaubt 2002 daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird bzw. dass es das einzige menschenwürdige Gesellschaftssystem sei, die meisten zweifeln daran. Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, artikulieren im Frühjahr 2002 nur 12%, 50% erhoffen das Gegenteil, 38% äußern sich ambivalent. Die jungen Frauen artikulieren sich kritischer als die jungen Männer, betrachten das jetzige System noch weniger häufig als das „Ende der Geschichte“. Diese Daten lassen auf eine sehr skeptische Grundhaltung der großen Mehrheit dieser jungen Ostdeutschen gegenüber dem jetzigen System schließen.

## 4. Sozialistische Ideale sind nicht aus den Köpfen verschwunden

Eine der interessantesten Forschungsfragen dieser Studie lautet, inwieweit die TeilnehmerInnen nach dem Untergang der DDR und des „Sozialistischen Weltsystems“ noch an sozialistische Ideale glauben. Außerdem wollten wir wissen, wie sie vor der Wende zu diesen Idealen standen. Ergebnisse dazu liegen seit 1993 vor:

Abbildung 8

Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 - 2002 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)



Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin: 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr dagegen.

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2002 die reichliche Hälfte der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glaubt. Gegenüber 1993 ist ein leichter, aber signifikanter Zuwachs von 45% auf 53% zu beobachten. Das heißt: Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des von den Panelmitgliedern „hautnah“ als Zeitzeugen erlebten Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert. Mehr noch: Diese Ideale finden zunehmend Zuspruch. Das gilt in besonderem Maße für die jungen Frauen, von denen durchgängig erheblich mehr an sozialistische Ideale glauben als von den jungen Männern (2002: 59% gegenüber 47%).

Die Zustimmung eines beträchtlichen und zunehmenden Teils der Panelmitglieder zu sozialistischem Gedankengut widerspiegelt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Zusammenhangsanalysen belegen: Je geringer die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung ist (ähnlich: Zufriedenheit mit dem politischen System, mit der Demokratie), um so größer ist der Anteil derer, die sozialistische Ideale bejahen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

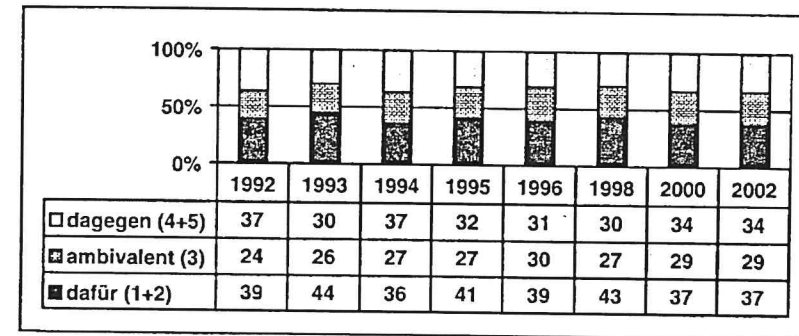
Die Abbildung enthält noch eine weitere interessante Information: Im Kontext mit diesem Zuwachs geht ein deutlicher, signifikanter Anstieg beim Anteil jener Panelmitglieder einher, die sich in ihrer Erinnerung vor der Wende zu den sozialistischen Idealen bekannt haben: Von 56% 1993 auf 65% 2000 bzw. 63% 2002. Die zunehmende Bejahung sozialistischer Ideale in der Gegenwart

hat offensichtlich mit dazu beigetragen, sich auch in der Erinnerung, sozusagen rückwirkend, wieder häufiger zu ihnen zu bekennen. Wahrscheinlich hatte ein Teil der Panelmitglieder die ursprüngliche Identifikation mit sozialistischem Gedankengut eine Zeit lang verdrängt, wird sich jedoch allmählich dieser Identifikation wieder bewusst.

Auch für eine reformsozialistische Alternative zur jetzigen politischen Ordnung sprechen sich trotz des erlebten Zusammenbruchs des DDR-Sozialismus überraschend viele TeilnehmerInnen aus. Dazu liegen Trenddaten seit 1992 vor:

Abbildung 9

Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2002 (reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2,3,4,5 überhaupt nicht.

Schon optisch ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2002 würden immerhin 37% eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 34% votieren dagegen, 29% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen.

## 5. Wesentliche Einflussfaktoren des politischen Mentalitätswandels

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über charakteristische Trends hinaus auch Einflussfaktoren nachzuweisen, die hinter diesen Trends stehen, insbesondere hinter denen einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Kritik der Panelmitglieder am jetzigen Gesellschaftssystem.

Wie schon vor der Wende, so sind auch gegenwärtig nicht Rhetorik und Versprechungen von Parteien und Politikern entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität. Diese Erfahrungen sind, wie die Daten belegen, hochgradig ambivalent, auch 12 Jahre nach der Vereinigung. Seit 1995 zielt eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Tabelle 4:

Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2002

„Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“ 1 nur positive Erfahrungen; 2 überwiegend positive Erfahrungen; 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen; 4 überwiegend negative Erfahrungen; 5 nur negative Erfahrungen

	1	2	(1+2)	3	4	5
1995	1	27	(28)	66	6	0
1998	0	26	(26)	67	7	0
2000	1	31	(32)	63	5	0
2002	0	27	(27)	67	6	0

Rund ein Viertel (27%) verweist 2002 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 6% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (67%) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen nebeneinander.

Auf einige wesentliche Erfahrungen unserer TeilnehmerInnen soll im Folgenden knapp eingegangen werden.

### Arbeitslosigkeit, Unsicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

Die Erfahrung Arbeitslosigkeit geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie wirkt sich nachweislich auf viele Aspekte der Wahrnehmung und Bewertung der Gesellschaft aus. Der Anteil der Panelmitglieder, die diese bis zum Systemwechsel unbekannte Erfahrung machen mussten, ist von Jahr zu

Jahr gestiegen. Im Jahr 2002 waren bereits 34% einmal und weitere 29% mehrmals arbeitslos! Dies Zahlen sprechen für sich. Erwähnt werden muss, dass die weiblichen Panelmitglieder nicht häufiger, aber im Durchschnitt deutlich länger arbeitslos waren als die männlichen.

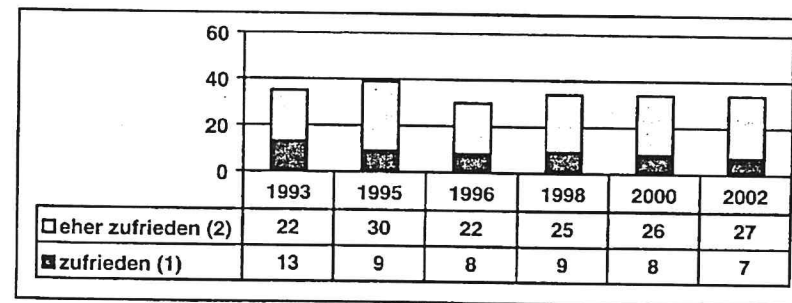
Auch die Eltern der Panelmitglieder wurden nicht von Arbeitslosigkeit verschont: Seit 1992 gibt rund ein Drittel an, dass mindestens ein Elternteil arbeitslos ist. Außerdem ist bei rund 10% der Lebenspartner/ die Lebenspartnerin arbeitslos. Alles in allem wurden bis 2002 bereits rund drei Viertel der TeilnehmerInnen im sozialen Nahbereich (ohne Geschwister) mit den vielschichtigen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert! Hinzu kommt, dass seit 1993 das sehr wichtige Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu haben, zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung (von 30% 1992 auf 12% 2002). So verwundert nicht, dass 2002 74% Arbeitslosigkeit als ein typisches Merkmal des Gesellschaftssystem ansehen, für 72% bedeutet sie Verlust an individueller Freiheit.

### Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich sehr kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten:

Abbildung 10

Anteil der Panelmitglieder, die mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung zufrieden (1) oder eher zufrieden (2) sind, im Trend 1993 -2002



Fragestext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“ - 1 zufrieden, 2 eher zufrieden als unzufrieden, 3 eher unzufrieden als zufrieden, 4 unzufrieden.



Diese langjährigen Trends sprechen für eine massive Enttäuschung: Nur etwa ein Drittel äußert sich positiv, die wenigsten davon ohne Einschränkung. Es gibt keine Tendenz zu größerer Zufriedenheit, auch nicht nach dem Regierungswechsel 1998.

### Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System liegt hauptsächlich daran, dass sich der größte Teil von ihnen hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstand seit vielen Jahren ungerecht behandelt fühlt. Im Jahr 2002 stimmen nur 24% zu, ihren gerechten Anteil zu erhalten, 46% verneinen das, 30% sind sich unsicher – ein Ergebnis von hoher Brisanz!

### Erfahrung, noch immer als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

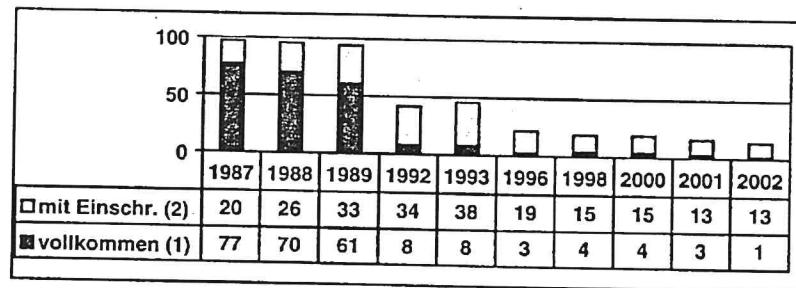
Das Entstehen einer Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder noch immer stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Rund die Hälfte äußert 2002, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 27% äußern sich ambivalent, nur 22% widersprechen – also keine rückläufige Tendenz.

### Keine Zukunft im Osten!

Ein bemerkenswert deutlicher Einflussfaktor des politischen Mentalitätswandels ist die Ausprägung der Zuversicht der Panelmitglieder, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben:

Abbildung 11

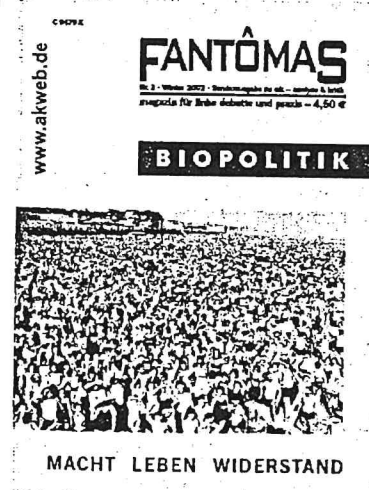
Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 – 2002. Anteile der Panelmitglieder mit sehr starker (1) bzw. starker (2) Zuversicht.



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“ Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“ - Das entspricht meiner Meinung: 1 vollkommen, 2,3,4,5 überhaupt nicht.

In den Jahren 1987 bis 1989 ging die Zuversicht der Panelmitglieder, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben, nur wenig zurück. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde nicht erwartet. Für faktisch alle von ihnen war am Ende der 10. Klasse völlig klar, wie es nach der Schule weiter geht, für Zukunftsängste bestand kein Anlass. Nach der Wende stürzte diese Zukunftszuversicht, nun bezogen auf Ostdeutschland, geradezu ab und hat vermutlich ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. Tatsache ist: Immer weniger dieser jungen Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland. Ein erheblicher Teil hat bereits die Konsequenzen gezogen und ist abgewandert, nur 8% davon werden voraussichtlich in ihre Heimat zurückkehren! Wie die Studie zeigt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, aber auch einen hohen politischen Preis. Die Analysen belegen eindeutig, dass der stark regressive Trend der Zukunftszuversicht zeitgleich zu einem Rückgang der Systemzufriedenheit geführt hat.

## Das neue Magazin von ak – analyse & kritik



### Themen:

- Zum Gebrauchswert von Poststrukturalismus und „Empire“
- Biopolitische Produktionsweisen
- Migration im biopolitischen Imperium
- Feministische Kritik von Biopolitik
- Biomacht als Todesmacht
- Geschichte des (Post-)Operaismus

erscheint 2 x pro Jahr, 68 Seiten  
4,50 € + Porto (per Rechnung)  
oder 5 € Schein beilegen  
(Fantômas ist im ak-Abo enthalten)

Bestellungen an:  
fantomas@akweb.de  
ak – analyse & kritik

Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg  
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175